



Darmstadt, 11. Januar 2008

Pressemitteilung

Ausländerfeindlichkeit im Wahlkampf **Vorsitzende des Interkulturellen Rates schreiben der CDU-Vorsitzenden** **„Ministerpräsident Koch ist Wiederholungstäter“**

Die Vorsitzenden des Interkulturellen Rates in Deutschland haben sich in einem Schreiben an Angela Merkel gewandt und sie dringend gebeten, mäßigend auf den hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch und andere Unionspolitiker einzuwirken, die im Wahlkampf wichtige Fragen der Jugendkriminalität mit ausländerfeindlichen Vorurteilen und Stereotypen aufladen und als Mobilisierungsthemen missbrauchen.

Tatsächlich sei die Zahl der von ausländischen Jugendlichen in Hessen verübten Straftaten wie z.B. gefährliche Körperverletzung rückläufig. Roland Koch leistete der Ausländerfeindlichkeit Vorschub, indem er das falsche Bild zunehmender Gewaltbereitschaft bei ausländischen Jugendlichen zeichne, dies mit kulturellen und religiösen Dispositionen erkläre und als Anlass für Forderungen nehme, die gesetzlichen Ausweisungstatbestände noch weiter zu verschärfen. Die große Mehrheit der straffällig gewordenen ausländischen Jugendlichen sei hier geboren, aufgewachsen und sozialisiert worden. Sie seien maßgeblich auch das Resultat einer Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, die sich über Jahrzehnte den Herausforderungen einer Einwanderungsgesellschaft verweigert und damit der Integration großen Schaden zugefügt habe. Dieser Verantwortung könne man sich nicht durch Abschiebung und Ausweisung entledigen.

„Das populistische Wahlkampfgepolter von Roland Koch kann nicht überdecken, dass er nach zwei Legislaturperioden als Ministerpräsident in Hessen einen integrationspolitischen Kahlschlag zu verantworten hat“, so der Vorsitzende des Interkulturellen Rates, Jürgen Micksch. Wichtige Beratungs-, Unterstützungs- und Qualifizierungsstrukturen für jugendliche Migrantinnen und Migranten in Hessen seien dem Rotstift des Ministerpräsidenten zum Opfer gefallen. Innovativen präventionsorientierten Projekten, die auf Begegnung und Dialog setzen, verweigere die Landesregierung die Unterstützung. Auch hier sei Hessen in zwischen ein Schlusslicht. Andere unionsregierte Bundesländer wie Baden-Württemberg, Bayern und NRW, die solche Projekte befürworten, seien hier schon einen wichtigen Schritt weiter. Sie förderten beispielsweise den Aufbau kommunaler Islamforen in ihren Städten und Gemeinden.

„Mit seinem ausländerfeindlichen Wahlkampf macht sich Roland Koch nach der Unterschriftenkampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft im Jahr 1999 zum Wiederholungstäter“, so Micksch abschließend.

Das Schreiben der Vorsitzenden an die Parteivorsitzende des CDU kann bei der Geschäftsstelle des Interkulturellen Rates angefordert werden.